

Sri Lanka im Überblick

zusammengestellt von Milena Koch

Munitionslager detoniert

In der Nacht des 6. Juni ist eines der größten Munitionslager Sri Lankas in Brand geraten. Daraufhin ereignete sich eine fünfstündige Serie von Explosionen in einem Waffendepot auf dem Armeestützpunkt Salawa, rund 35 Kilometer östlich der Hauptstadt Colombo. Laut den sri-lankischen Behörden kam ein Soldat bei den Detonationen ums Leben. Mehrere Menschen wurden verletzt. Die Explosionen waren kilometerweit zu hören. Mörsergranaten, Bombensplitter, Gewehrkugeln, Raketen, Sprengsätze und Trümmerteile zerstörten und beschädigten zahlreiche umliegende Gebäude, darunter auch Straßen und Wohnhäuser. Die Polizei forderte daraufhin die Bewohner im Radius von zwei Kilometern um den Explosionsort dazu auf, ihre Häuser zu verlassen und sich in Sicherheit zu bringen. Vizeaußenminister Harsha de Silva berichtete über den Kurznachrichtendienst Twitter von „chaotischen Szenen auf den Straßen“. Seinen Angaben zufolge, mussten mehrere Tausend Bewohner evakuiert werden. Mehr als 50 Personen wurden aufgrund von Atemwegsproblemen in Krankenhäusern behandelt. Die Unfallursache war zunächst unklar, jedoch nahmen die Behörden sofort Untersuchungen auf. Die Munition stammt aus dem 26 Jahre langen Bürgerkrieg zwischen dem sri-lankischen Militär und tamilischen Separatisten, der 2009 mit dem Sieg der Regierungstruppen endete. Die übriggebliebene Munition aus dem bewaffneten Konflikt wurde in Waffenlagern aufbewahrt. Nach Angaben der Armee war das Lager in Salawa das größte Munitionsdepot des Landes und die Explosionen die schlimmsten Detonationen auf einem Militärgelände seit Ende des Bürgerkrieges.

Neues Gesetz über das Recht auf Information

Am 24. Juni wurde nach zweitägiger Debatte das Gesetz über das Recht auf Information (*The Right To Information Bill*, RTI) eingeführt. Es gilt auf internationaler Ebene als ein wichtiges Mittel zur Bekämpfung von Korruption innerhalb staatlicher Institutionen, welche unter der Regierung des ehemaligen Präsidenten Rajapaksa stark anstieg. Das Gesetz entstand unter Mitwirkung aller im sri-lankischen Parlament vertretenen Parteien. Es wurde ohne formelle Abstimmung einstimmig angenommen. Das RTI-Gesetz war eines der zentralen Versprechen im Wahlkampf des amtierenden Präsidenten Maithripala Sirisena.

UN zur Menschenrechtslage in Sri Lanka

Der UN-Hochkommissar für Menschenrechte Zeid Ra'ad Al Hussein präsentierte am 29. Juni einen Bericht über die Menschenrechtslage in Sri Lanka. Demnach fällt die Bilanz für die Fortschritte gemischt aus. Al Hussein lobte die Regierung für die Auseinandersetzung mit den UN-Menschenrechts-Prinzipien, sowie einige wichtige Schritte zu Förderung der Versöhnung unternommen zu haben. Präsident Sirisena habe außerdem seine Position gefestigt und somit ein politisches Umfeld für Reformen geschaffen. Der Hochkommissar bedauerte jedoch unter anderem, dass eine umfassende und gut koordinierte Strategie zur Übergangsgerechtigkeit erforderlich sei, die bisher durch einen Mangel an Transparenz behindert werde. Er forderte die Regierung auf, konkrete Maßnahmen zu ergreifen, um sich Problemen der tamilischen Gemeinschaft zuzuwenden. Al Hussein kritisierte außerdem, dass die juristische Umsetzung des Kriegsverbrecherprozesses nur sehr zögerlich vorangehe. Zudem werden seiner Aussage nach noch immer über 250 Personen unter dem Anti-Terror-Gesetz festgehalten und möglicherweise gefoltert. Ferner kritisierte er die militärische Besetzung von Landstrichen im Norden und Osten des Landes, obwohl sich die Regierung darum bemühe, die Ländereien an ihre rechtmäßigen, meist tamilischen Besitzer zurückzugeben.

Fortschritte bei der Suche nach Vermissten

Sri Lankas Regierung bestätigte am 7. Juni erstmals die Anzahl an vermissten Personen nach dem 26-jährigen Krieg mit den tamilischen Rebellen (*Liberation Tigers of Tamil Eelam*) und dem separat erfolgten marxistischen Aufstand zwischen 1987 und 1989. Demnach beläuft sich die Zahl der Vermissten auf 65.000 Menschen. Eine offizielle Liste mit der genauen Anzahl an Personen soll in Zukunft noch veröffentlicht werden. Viele sri-lankische Familien leben bis heute in Ungewissheit über ihre vermissten Angehörigen. Bei den Vermissten handelt es sich überwiegend um Tamilen. Unzählige militärische und politische Gegner des früheren Rajapaksa-Regimes – darunter auch Journalisten, Aktivisten und Zivilisten – wurden insbesondere zur Zeit des Bürgerkrieges verschleppt. Um den Familien der vermissten Personen zu helfen, sowie ihrem Schicksal und den Umständen, unter denen sie verschwunden sind, nachzugehen, beschloss das Parlament am 11. August

die Einrichtung einer unabhängigen Behörde zur Untersuchung der Vermisstenfälle. Zu den Aufgaben der Behörde gehören auch forensische Untersuchungen. Der Behördeneinrichtung ging eine Aufforderung der Vereinten Nationen voraus. Für die Vergangenheitsbewältigung Sri Lankas ist die neu eingerichtete Behörde und die Untersuchung der Vermisstenfälle von großer Bedeutung. Viele internationale Menschenrechtsorganisationen sowie Vertreter der tamilischen Minderheit begrüßten den Parlamentsentscheid, unbeschadet fortdauernder Kritik an Detailfragen. Die Entscheidung des Parlaments ging mit Protesten der Nationalisten um den ehemaligen Präsidenten Rajapaksa einher, der Kritik an dem Vorgehen der Armee während des Bürgerkrieges stets zurückwies.

Anzahl der Denguefieber-Erkrankten steigt

Hohe Temperaturen und zu der Jahreszeit unüblich starke Regenfälle haben in den ersten sechs Monaten des Jahres in Sri Lanka zu einem Anstieg der Dengue-Infektionen geführt. Landesweit wurden Mitte Juli mehr als 23.000 Denguefieber-Fälle gemeldet. Laut Behörden sind bereits mehr als 30 Patienten an den Folgen der Erkrankung gestorben. Im Vergleich zum Vorjahr: 2015 wurden insgesamt nur 29.000 Fälle gemeldet. Colombo und die westliche Inselregion sind die am schwersten betroffenen Gebiete. Besonders im Juni, nachdem heftige Unwetter Ende Mai viele Überschwemmungen verursacht hatten, stieg die Anzahl der Erkrankungen stark an. Durch den Klimawandel begünstigt, hatten die den Virus übertragenden Mücken in den letzten Monaten optimale Brutbedingungen. Sri-lankische Gesundheitsbehörden, Polizei und Armee haben eine landesweite Kampagne gestartet, um die vielen Infektionen zu reduzieren. Sie sollen unter anderem die Bevölkerung über die Krankheit aufklären und Brutgebiete der Mücke zerstören.

Diskriminierung von Transgender-Individuen

Transgender-Individuen werden in Sri Lanka diskriminiert, wie die NRO *Human Rights Watch* in einem am 15. August veröffentlichten Bericht veröffentlichte. Als „Transgender“ bezeichnen sich Personen, die sich mit ihrem biologischen Geschlecht nicht oder nur unzureichend identifizieren. Grund für die Diskriminierung ist laut der NRO, dass Transgender nicht den gesellschaftlichen Erwartungen und akzeptierten Geschlechternormen von Mann und Frau entsprechen. Der Bericht zeigt auf, dass diejenigen, die aufgrund ihrer Geschlechtsidentität von der gesellschaftlich

akzeptierten Norm abweichen, in Bereichen des Bildungszugangs, auf dem Arbeitsmarkt, bei der Wohnraumvergabe sowie bei der medizinischen Versorgung diskriminiert und teilweise ausgegrenzt werden.

Mangroven sollen Folgen des Klimawandels bremsen

Sri Lankas Ministerpräsident Ranil Wickremesinghe bezeichnet den Schutz der Mangrovenwälder als essentiell im Kampf gegen den Klimawandel. Zum internationalen Mangroventag am 26. Juli und der Eröffnung des weltweit ersten Mangroven-Museums in Pabbala, Chilaw, versprach Wickremesinghe, alle Mangrovenwälder Sri Lankas zu schützen. Mit seiner Eröffnungsrede soll insbesondere der internationale Blickwinkel auf den Nutzen von Mangroven verbessert werden. „Mangroven absorbieren Kohlendioxid, stoßen Sauerstoff in die Atmosphäre aus und schaffen somit ein ökologisches Gleichgewicht von entscheidender Bedeutung für die Erhaltung der Umwelt“ erklärte Wickremesinghe. Daher sei er der Überzeugung, dass das Mangrovenschutzprojekt dringend benötigt werde, denn das sensible Ökosystem der Mangroven sei gefährdet: durch die Nutzung als Bau- und Brennholz, die Verschmutzung mit Öl oder aufgrund der Trockenlegung für den Ausbau von Siedlungen. Insbesondere aber durch die Anlage von intensiv bewirtschafteten Garnelenzuchten. Das Mangrovenmuseum wurde in Zusammenarbeit mit der US-amerikanischen Umweltschutzorganisation *Seacology* und der lokalen NRO *Sudeesa* errichtet. Es ist ein neuer Grundpfeiler des Projekts zur Restaurierung der Mangroven. Die gesamten 15.000 Hektar des sri-lankischen Mangrovenwaldes konnten mithilfe des Projekts identifiziert und begutachtet werden. Die Minister führten Gesetze ein, um die Mangroven, unter anderem durch Forstbeamte, zukünftig und langfristig zu schützen.

Fischexporte in die EU wieder erlaubt

Sri Lanka begrüßte Anfang Juli die Entscheidung der Europäischen Union, den Inselstaat aus einer Liste von Ländern zu streichen, die illegale und unkontrollierte Fischerei zu. Das Verbot von Fischexporten in die EU wurde im Januar 2015 verhängt. Premierminister Wickremesinghe begrüßte die Entscheidung und teilte mit, dass die Entscheidung der sri-lankischen Fischereiindustrie einen neuen wirtschaftlichen Aufschwung bringen werde. Laut Regierung entgingen Sri Lanka aufgrund des Verbots Einnahmen von 68 Millionen Euro.